PRESSEMITTEILUNG

Verbände-Appell: „Kindergesundheit stärkt alle" – Künftige Bundesregierung muss gesunde Ernährung von Kindern fördern

Berlin, 13. Januar 2025 **– Im Vorfeld der Bundestagswahl fordern Wissenschafts-, Ärzte- und Verbraucherverbände sowie Kinderrechtsorganisationen einen besseren Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Etwa jede:r siebte Minderjährige in Deutschland sei von Übergewicht oder Adipositas betroffen, Kinder aus ärmeren Familien in besonderem Maße. Die künftige Bundesregierung müsse deshalb eine gesunde Ernährung aller Kinder fördern – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, erklärten die Verbraucherzentrale Bundesverband, das Wissenschaftsbündnis Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten, der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen e.V., das Deutsche Kinderhilfswerk, der Kinderschutzbund, der Bundesjugendring und die Verbraucherorganisation foodwatch. Die Verbände schlagen vier konkrete Maßnahmen vor, die der Koalitionsvertrag der künftigen Regierung beinhalten müsse: eine Süßgetränkeabgabe, Werbeschranken für ungesunde Lebensmittel, ein gesundes kostenloses, Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Kitas und Schulen und die Streichung der Mehrwertsteuer auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Diese Maßnahmen seien nicht nur sozial gerecht, sondern böten das Potenzial, erhebliche Gesundheitskosten einzusparen.**

Verbraucherverbände, Ärzt:innen und medizinische Fachgesellschaften sprechen sich seit Jahren für wirksame politische Maßnahmen gegen Fehlernährung aus. Andere Länder seien hier schon viel weiter: In Großbritannien etwa zeige die 2018 eingeführte Süßgetränkeabgabe messbare Erfolge. Laut einer aktuellen Studie der Universität Cambridge sank mit Einführung der Maßnahme der Zuckerkonsum bei Kindern deutlich. Für die Bundesrepublik berechneten Forscher:innen der TU München, dass eine Süßgetränkeabgabe nach britischem Vorbild allein hunderttausende Fälle von Typ-2-Diabetes verhindern und dadurch volkswirtschaftliche Kosten in Höhe von 16 Milliarden Euro einsparen könnte.

Deutschland liegt dagegen nach wie vor weit zurück, wenn es um die Prävention ernährungsbedingter Krankheiten gehe. Werbebeschränkungen zum Kinderschutz, die es schon in einen Gesetzentwurf von Cem Özdemir geschafft hatten, scheiterten bislang am Widerstand der Lebensmittelindustrie. Auch die Benachteiligung von Kindern aus ärmeren Familien, die eher von Fehlernährung und Adipositas betroffen sind, werde hierzulande ignoriert. In Schweden habe ein kostenloses, gesundes Schulessen dagegen zur Reduktion sozioökonomischer Unterschiede und zu einem höheren Einkommen im Erwachsenenalter geführt.

Jeder siebte Todesfall in Deutschland ist laut Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf ungesunde Ernährung zurückzuführen. Viel zu viele Menschen leiden an Übergewicht, Typ-2-Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das Leid der Betroffenen ist groß – und die wirtschaftlichen Folgekosten allein für Adipositas belaufen sich jährlich auf mehr als 60 Milliarden Euro.

Die Vertreter:innen der beteiligten Verbände äußern sich wie folgt:

Barbara Bitzer von der Deutschen Allianz nichtübertragbare Krankheiten (DANK):

„Die gesundheitlichen Auswirkungen von Adipositas und Diabetes sind alarmierend – und die sozialen Folgen und wirtschaftlichen Kosten immens. Für Diabetes und seine Folgeerkrankungen entstehen der Solidargemeinschaft im Jahr Kosten von etwa 30 Milliarden Euro. Prävention ist der Schlüssel und muss bereits im Kindesalter beginnen: Wissenschaftliche Studien belegen, dass eine Herstellerabgabe auf ungesunde Getränke und umfassende Werbebeschränkungen für Ungesundes wichtige Bausteine sind, um die Gesundheit unserer Kinder nachhaltig zu schützen, künftige Generationen vor einer hohen Krankheitslast zu bewahren und das Gesundheitssystem spürbar zu entlasten.“

Michaela Schröder vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv):

„Es muss für Verbraucher:innen einfacher werden, sich gesund zu ernähren. Überzuckerte Getränke und ungesunde Fertiggerichte sind ein Ärgernis für Verbraucher:innen – insbesondere wenn es um die Gesundheit von Kindern geht. Hohe Lebensmittelpreise erschweren eine gesunde Ernährung zusätzlich. Die Politik muss die Sorgen der Verbraucher:innen ernst nehmen und für spürbare Verbesserungen in ihrem Alltag sorgen. Das stärkt das Vertrauen in Staat und Markt. Und davon profitieren wir alle.“

Luise Molling von foodwatch:

„Alle Kinder haben das Recht, gesund aufzuwachsen. Gesunde Kinderernährung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Lebensmittelindustrie auf Kosten der Kindergesundheit dicke Profite macht – die künftige Bundesregierung muss die Kinder vor den perfiden Marketingtricks und überzuckerten Produkten der Junkfood-Konzerne schützen.”

Dr. med. Anke Steuerer vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen e.V. (BVKJ):

„Prävention fängt schon bei den Jüngsten an. Tagtäglich sehen wir in unseren Kinder- und Jugendarztpraxen, wie das Ernährungsverhalten und damit die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft abhängt. Aus kranken Kindern werden häufig Erwachsene, die ihr ganzes Leben lang unter Krankheiten wie Diabetes und Übergewicht leiden. Daher muss sich etwas ändern, wenn wir mittel- bis langfristig die Gesundheit der Menschen in unserem Land verbessern und insbesondere die Rate der kardiovaskulären Erkrankungen reduzieren wollen. Primärprävention heißt, die Entstehung von Krankheiten grundsätzlich zu verhindern. Eine ausgewogene, zuckerreduzierte Kost für unsere Kinder und Jugendlichen ist dafür essenziell.“

Holger Hofmann vom Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW):

„Eine gesunde Ernährung und Bewegung sind die wesentlichen Grundlagen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist das Ernährungsverhalten ein zentraler Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Dieser wird wesentlich im Kindesalter erlernt und gebildet. Die hier erworbenen Ernährungsmuster behalten Kinder und Jugendliche oft ein Leben lang. Zugleich fehlt es vielen Kindern aus finanziell benachteiligten Familien an Möglichkeiten, sich ausgewogen zu ernähren: mit schweren Folgen für ihre Entwicklung. Hier ist die nächste Bundesregierung gefordert, endlich Abhilfe zu schaffen."

Wendelin Haag vom Deutschen Bundesjugendring:

„Jungen Menschen muss ein Umfeld für ein selbstbestimmtes und gesundes Aufwachsen ermöglicht werden. Dazu gehört ein preisgünstigstes Angebot an gesunden Lebensmitteln. Die nächste Bundesregierung muss dem gesunden Aufwachsen junger Menschen klar Priorität vor den Profitinteressen der Lebensmittelindustrie einräumen."

Quellen und weiterführende Informationen:

- Studie zu gesundheitlichen Effekten der Limo-Steuer: https://journals.plos.org/plosmedicine/article?id=10.1371/journal.pmed.1004311
- Daten zu Übergewicht und Adipositas bei Kindern: https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/FactSheets/JoHM_01_2018_Adipositas_KiGGS-Welle2.pdf?__blob=publicationFile
- Folgekosten von Adipositas: https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/26701837/
- Erfolge des kostenlosen Schulessens in Schweden: https://academic.oup.com/restud/article/89/2/876/6273674?login=false
- Risiko Fehlernährung im OECD Länderprofil Deutschland: https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/21dd4679-en.pdf?expires=1734439779&id=id&accname=guest&checksum=EE2CAFD77E49064E09981FE5631BEBA2

Pressekontakte:

Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK)
Barbara Bitzer / Frederike Gramm
Strategie und Kommunikation
Telefon: 030 / 3 11 69 37 - 32
presse@dank-allianz.de

Pressestelle Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG)/DANK
Michaela Richter/Christina Seddig
Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart
Tel.: 0711 8931-516, Fax: 0711 8931-167

richter@medizinkommunikation.org
seddig@medizinkommunikation.org

foodwatch e.V.
Sarah Häuser
E-Mail: presse@foodwatch.de
Mobil: +49 (0)174 / 3 75 16 8

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)
E-Mail: presse@vzbv.de
Telefon: (030) 258 00 525